

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 133.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.
Freitag, den 12. Juni.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Der Zwist der Sozialdemokraten.

Seit einiger Zeit widmen die leitenden deutschen Blätter dem angeblichen Zwiespalt innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen sozialdemokratischen Parteiführern werden von der Tagespresse sehr verschiedenartig beurtheilt, nur darin stimmt man allgemein überein, daß es sich bei diesem, durch eine öffentliche Erklärung des sozialdemokratischen Abg. Frohme eingeleiteten Bruderzwist um weit mehr als um bloße Personenfragen handelt. Zumeist wird angenommen, daß zwei Strömungen in der sozialdemokratischen Partei vorhanden sind, eine positive, welche die gesetzgeberische Mitarbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage für dringend geboten erachtet, und eine negative, welche in der parlamentarischen Arbeit ein verhängnisvolles Aufgeben der revolutionären Tendenz erblickt und die zur Erregung des Volksgemüths dienende Wahlagitatorik für weit wichtiger hält, als die Vertretung sozialdemokratischer Grundsätze innerhalb einer gesetzgebenden Versammlung. Zwischen diesen beiden grundverschiedenen Ansichten scheint ein Ausgleich völlig unmöglich. Für den tiefen Miß innerhalb der sozialdemokratischen Partei gab schon die Thatsache Zeugniß, daß sich die bisherigen Führer Liebknecht und Bebel im Gegensatz zu jüngeren sozialdemokratischen Abgeordneten anfangs meist und in letzter Zeit vollständig der Theilnahme an den parlamentarischen Arbeiten enthielten.

Ueber die Stimmung, welche in denjenigen sozialdemokratischen Kreisen Berlins herrscht, welche Vorliebe für die positive Arbeit empfinden und der unruhmtharen internationalen Utopien Bebel's überdrüssig sind, giebt ein Artikel des „Berliner Volksblatt“ Aufschluß, der zwar die Klüfte zu verdecken sucht, aber trotzdem sich entschieden gegen die Führerschaft Liebknecht's und Bebel's auflehnt. Es heißt darin: „Die innerhalb der Fraktion entstandenen Differenzen dürften keineswegs besonders tiefgehender Natur sein und so lange sich die einzelnen Mitglieder im Rahmen ihres Parteiprogramms bewegen, wird sicherlich von einer ernstlichen Spaltung nicht die Rede sein können. Wenn in Bezug auf taktische Fragen in der Reichstagsfraktion keine Einstimmigkeit herrscht, so ist das noch lange kein Grund, den Kassandrarufen der reaktionären Presse Beachtung zu schenken. Ueber die Schicksalhaftigkeit, derartige Fragen, die sich ja im gewissen Sinne als persönliche darstellen, in gegnerischen Tagesblättern zum Austrag zu bringen, wird wohl gestritten werden können, wenn auch andererseits gerade ein solches Vorgehen den besten Beweis liefert, daß sich diese Partei stark genug fühlt, vor den Augen des gesammten Volkes ihre internen Angelegenheiten zu behandeln. Jedemfalls wird ein Parteitag die Differenzen zu begleichen suchen, und nach allen bis jetzt gewonnenen Erfahrungen dürfte dieses auch sicherlich gelingen. Die sozialistische Partei — das hat sich oft genug gezeigt — hängt nicht von Personen ab; wenn einzelne sagen. Führer den Ansprüchen ihrer Wähler oder Parteigenossen nicht genügen, so werden sie wohl einfach von der Mitgliedschaft verschwinden müssen, denn die Sozialdemokraten sind es nicht gewohnt, Personenkultus zu treiben.“

Sollte der in Aussicht gestellte Parteitag keine Klärung bringen, so dürfte die letztere sicher bei den nächsten Wahlen erfolgen. Zunächst fehlt aber noch jeder Anhalt dafür, ob die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler Vertreter unterstützen wird, die sich im Deutschen Reichstage an positiver Arbeit betheiligen haben, oder die wesentlich von Bebel vertretene Tendenz vorzieht, die bestehende Rechts- und Gesellschaftsordnung rückwärts weiter zu bekämpfen. Jedemfalls wird es den jüngeren Berliner Parteigenossen nicht leicht werden, die führende Stellung Bebel's zu erschüttern, dessen Phrasen so lange die Massen geblendet haben und der an den außerparlamentarischen Sozialisten einen starken Rückhalt besitzt. Das parlamentarische Verhalten einzelner sozialdemokratischer Abgeordneter ist von den Ordnungsparteien entschieden überschätzt worden; dasselbe konnte keineswegs zu den weitgehenden Schlüssen berechtigen, die man deshalb auf die jetzt in der sozialdemokratischen Partei herrschenden Tendenzen zog. Einzelne leitende Blätter dieser Partei scheuen sich gar nicht, offen zu bekennen, daß für die letztere die parlamentarische Thätigkeit Nebenache, die Wahlagitatorik aber, die für andere Fraktionen nur als Mittel dient, der Hauptzweck sei. Der Züricher „Sozialdemokrat“ schreibt wörtlich: „Der Schwerpunkt (unserer Thätigkeit) liegt nicht innerhalb, sondern außerhalb des Parlaments — das letztere ist gewissermaßen nur der Hebelpunkt für die Wirkung nach

außen, d. h. auf das Volk. Von Anfang unserer Parteigeschichte an wurde die Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten auch so aufgefaßt; ein halbes Duzend Kongresse hat Beschlüsse in diesem Sinne gefaßt, und die letzte Reichstagsession, trotz der verdoppelten Zahl unserer Vertreter, die Wichtigkeit dieser Auffassung auf's Eklatanteste bestätigt. Die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie ist wesentlich eine agitatorische und propagandistische — nicht eine legislatorische. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir auf jede gesetzgeberische Thätigkeit zu verzichten hätten — soweit uns eine solche mit praktischem Erfolg möglich, haben wir sie zu üben und sowohl an den Debatten als an den Abstimmungen theilzunehmen. Allein das ist eine sehr nebensächliche Thätigkeit. Auch bei eigentlichen „Arbeitergesetzen“ wird unser parlamentarisches Wirken stets ein propagandistisch-agitatorisches sein müssen. Weder in dem kirchenpolitischen Kampf zwischen Reichsregierung und Zentrum, noch an dem ökonomischen Interessenkampf zwischen mobilem und immobilem Kapital, zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern, zwischen agrarischen und industriell-kommerziellen Ausbeutern sind wir Sozialdemokraten betheiligt — wir haben aus diesen Kämpfen nur den größtmöglichen Vortheil für die Sache der Arbeiter zu ziehen und müssen uns vor Allem hüten, durch überflüssiges Eingreifen die Zuspitzung der Gegensätze zu verhindern. Unsere wichtigste parlamentarische Thätigkeit findet statt vor dem Zusammentritt des Parlaments: sie besteht in der Wahlagitatorik und im Wählen.“

Was bei diesem bloßen Unruhehüften für die Arbeiter herauskommen kann, ist der Mehrheit derselben wohl kaum noch zweifelhaft. Die jetzige humane, dem System der Staatsfürsorge zuneigende Betheiligung hat bereits die Erfüllung vieler Wünsche der arbeitenden Bevölkerung ermöglicht und ist auch weiteren sozialen Reformen auf gesetzlichem Wege entschieden günstig. Wenn sich aber zahlreiche Arbeiter im deutschen Reichstage von Männern vertreten lassen, die sich protektierend zurückziehen und dabei rückhaltlos bekennen, daß es ihnen gar nicht um bessere Arbeitergesetze, sondern um einen vollständigen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung zu thun ist, oder von Abgeordneten, welche zwar parlamentarisch mitwirken, aber nie anders als Brust an Brust mit den schroffsten Gegnern der Reichsregierung, dann wird die günstigste Zeit für die sozialen Reformen ungenützt vorübergehen.

Tageschau.

Freiberg, den 11. Juni.

Im Deutschen Reichsstaatsamt ist man gegenwärtig mit dem Abschluß des Etatsjahres 1884/85 beschäftigt, der sich angeblich recht günstig gestaltet und einen geringeren Fehlbetrag ergibt, als man ursprünglich erwartete. Unter solchen Umständen gewinnt das Gerücht Glauben, daß in den leitenden Kreisen eine Vermehrung des deutschen Heeres in's Auge gefaßt wird. Bekanntlich erfolgt die Feststellung der Stärke der Armee nach einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung, die sich seit der letzten Volkszählung erheblich vermehrte. Bei einer etwaigen Feststellung der Heeresstärke auf abermals sieben Jahre dürfte demnach eine Erhöhung derselben, eventuell sogar eine Vermehrung der Truppenkörper, stattfinden. Das Berechnungs-Prinzip, welches der Feststellung der Armeestärke in den Jahren 1867 bezw. 1877 zur Grundlage diente, hat im Jahre 1881 erneute Anerkennung gefunden und wird infolgedessen auch der Volkszählung am 1. Dezember d. J. zu Grunde gelegt werden. Die „Magd. Ztg.“ hält eine Erhöhung der Stärke, resp. Vermehrung der Truppenkörper für um so wahrscheinlicher, als die deutsche Armeearganisation in gewisser Richtung noch als unvollendet angesehen wird.

Der deutsche Kronprinz besichtigte gestern früh 7 Uhr im Auftrage des Kaisers die preussische Garde-Feldartillerie-Brigade, welche mit 76 Geschützen, jedes mit 15 Kartuschen versehen, ausgerückt war. In der Suite des Kronprinzen befanden sich die in Berlin weilenden preussischen Generale, zahlreiche fremdherrliche Offiziere und der Stab der vierten Armees-Inspektion. Dem Abreiten der Front folgte ein Parade-marsch in Batteriefront im Schritt und ein Geschützzerzieren. Es war ein Blitzen auf der ganzen Linie, Schuß folgte auf Schuß und eine Granate schlug nach der anderen ein. In einzelnen Augenblicken war das weite Feld in dichten Pulverdampf gehüllt, aus dem nur hier und da ein Geschütz sichtbar wurde, bis das Verfolgungsgewehr allmählich eingestellt wurde. Bei dem interessanten Schauspiel, das von herrlichsten Wetter begünstigt war, wurden ungefähr 1140 Schuß abgegeben. Ein

Parademarsch im Trabe bildete den Schluß. — Am 1. Juli verläßt der Sergeant Piehle von der 2. Kompanie des Alexander-Gardegrenadierregiments zugleich mit zwei Avancirten des 2. Garderegiments zu Fuß Berlin, um sich nach Togo an der Westküste Afrikas zu begeben. Piehle hat sich auf eine diesbezügliche Anfrage des Auswärtigen Amtes mit einer großen Anzahl Kameraden gemeldet, wobei die Wahl auf die Obenerwähnten fiel. Dieselben werden vom Kriegsminister vorläufig bis zum 1. April nächsten Jahres beurlaubt und können alsdann in ihr früheres Dienstverhältnis zurücktreten; sie erhalten außer freier Ueberfahrt zc. 3000 Mark Gehalt. Zu dem von dem Auswärtigen Amt ausgestellten Patent werden sie als Gefangenenaufseher und Instrukteure engagirt.

Von dem Führer der letzten deutschen Expedition nach Ostafrika, dem an der Anhalter Bahn angestellten und nun beurlaubten Regierungsbaumeister Hörnigke, ist aus Lamun (unterm 2. Grad südlicher Breite) die Mitteilung nach Berlin gelangt, daß die Expedition am 5. Mai auf dem Dampfer „Goo“ in Zanzibar anlangte und daselbst nahe bei dem Palais des Sultans Quartier nahm. Dort engagirte Hörnigke durch Vermittelung des portugiesischen Kommissars 160 eingeborne Träger als Begleiter der Karawane nach dem Innern. Die Expedition ist auf fünf Monate ausgerüstet, so daß vor Beginn des nächsten Jahres auf weitere Nachrichten nicht zu rechnen ist. In Zanzibar hat sich die Expedition noch mit verschiedenen Tauschartikeln versehen, beispielsweise mit 12 Zentnern Pulver, 4 Zentnern rother Farbe zum Bemalen des Gesichtes, einer Anzahl rother Fufarenjacken zc. Der Brief enthält viel Zuversicht in das Gelingen der Expedition, der sich ursprünglich eine Anzahl preussischer Artillerieoffiziere angeschlossen hatten, welche jedoch durch kaiserlichen Befehl wieder zurückgerufen wurden.

Ueber die schwebenden Verhandlungen zwischen Berlin und dem Vatikan läßt sich die „Germania“ schreiben: „Einem hochgestellten deutschen Adligen theilte der h. Vater in der letzten Audienz mit, daß die preussische Regierung ihm durchaus einen deutschen Kandidaten für die Erzdiözese Posen-Gnesen aufdrängen wolle. Er könne diesem Drängen aber unter keinen Umständen nachgeben, weil ein deutscher Bischof seine hohe Aufgabe in der polnischen Erzdiözese nicht erfüllen könnte.“ — Wegen den Grafen von Cumberland behandelnden Broschüre bei dem Landgericht Holzminde die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden. — Vor dem Berliner Landgericht hat vorgestern ein Injurienprozeß des Hofprebigers Dr. Stöder gegen die liberale „Freie Zeitung“ begonnen, welche denselben während der vorjährigen Wahlbewegung schwer beleidigte. Die Schlußsitzung des an interessanten Momenten reichen Prozesses ist auf Sonnabend vertagt worden, da die Beweisaufnahme noch weiter ausgedehnt wird.

Die Deutschliberalen Oesterreichs sind mit dem Ausfall der Wahlen um so zufriedener, als sie sich auf weit größere Verluste gefaßt gemacht hatten. Durch den Zuwachs von vier Mandaten des steierischen Großgrundbesitzes verfügt jetzt diese Partei über 132 Stimmen; außerdem wollen sich die demokratischen Mitglieder der vereinigten Linken als äußerster linker Flügel anschließen. Die Blätter der Rechten sind von der Errungenschaft von höchstens 15 Mandaten keineswegs erbaut, erhofft hatten und die Partei eine wahre Musterkarte von kleinen Fraktionen darzustellen droht. Außer dem Polenklub und dem Czekenklub wird es zwei deutsch-keritale Klubs geben (Vichtenstein und Hohenwart), einen deutsch-konservativen (Lienbacher), einen slowenischen und einen dalmatinischen. Die Italiener dürften sich voraussichtlich ebenfalls zu einer Fraktion vereinigen. Es scheint sehr zweifelhaft, daß es dem Grafen Taaffe gelingen werde, auch in der beginnenden Legislaturperiode diese so sehr verschiedenartigen Elemente zusammenzuhalten.

Wenn man den offiziellen italienischen Berichten Glauben schenken darf, so gehen neuerdings die Abyssinier im Evidenzstandniß mit der italienischen Expedition gegen die Anhänger des Mahdi vor. Ihr Oberfeldherr Kasalula soll, nachdem er sich für den Nothfall des Bestandes des Obersten Saletta versichert hatte, die Rebellen bei Alet, unweit von dem italienischen Fort Monkullo, auf's Haupt geschlagen haben. Der italienische Vermittler bei dem Herrscher von Abyssinien, Ferrari, wird in diesen Tagen in Massauah zurück erwartet.

Von den beiden französischen Kammeren wurde die Nachricht von der erfolgten Unterzeichnung des Friedensvertrags mit China zwar mit Befriedigung, aber ohne großen Enthusiasmus aufgenommen, da dieser Abschluß seit mehreren Tagen als gesichert gemeldet worden war. Die Hälfte des französischen Expeditionskorps soll nun baldigst zurückkommen und die bei